

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:  
Karl H o m a y

Wien, am Donnerstag, den 18. Dezember 1924

### Hundestatistik und Hundesteuer.

#### Die Hundesteuer wird verdoppelt.

Dem Wiener Landtag wird der Antrag unterbreitet werden, die Hundesteuer für das Jahr 1925 mit hunderttausend Kronen zu bemessen. Es soll also der gegenwärtige Steuersatz verdoppelt werden. Im Frieden wurden zuletzt acht Goldkronen gezahlt, was 115.000 Papierkronen entspricht. Für die Gestaltung der Gemeindefinanzen ist diese Erhöhung der Abgabe nicht von einschneidender Bedeutung, wenn auch der Betrag von rund dreieinhalb Milliarden Kronen, der als Steigerung gegenüber dem Jahre 1924 erwartet wird, manches nützliche Werk ermöglicht. Die Wiener Bevölkerung ist bei der Einstellung zu den Hunden eigentlich in zwei Lager gespalten. Es stehen den begeistersten Hundefreunden radikalste Hundefeinde gegenüber. Die in zahlreichen Zusschriften sich ausdrückenden Wünsche der letzteren sind darauf gerichtet, durch eine ausserordentlich hohe Hundesteuer eine sehr einschneidende Verminderung der Tierhaltung herbeizuführen. Es ist sehr zweifelhaft, ob auf diesem Weg ein solches Ziel überhaupt erreicht werden kann. Sicherlich aber würde zunächst die Wirkung sein, dass die Unbemittelten sich keinen Hund mehr halten könnten. Es wäre aber damit auch der Antrieb gegeben, Hunde zu verheimlichen, was die in sanitärer Beziehung bereits vorhandenen Uebelstände zu einer wirklichen ernstesten Gefahr machen könnte. Die ganz unerhörte Steigerung der Zahl der Hunde seit 1914 ist jedenfalls eine ganz merkwürdige und mit der allgemeinen Wirtschaftslage in Widerspruch stehende Erscheinung, für die nur zum Teil Erklärungen zu finden sind. Der grosse Aufschwung, den das Siedlungs- und Schrebergartenwesen genommen hat, ist zweifellos ein sehr wesentlicher Grund. Insbesondere bei den Siedlern sind aber auch die an sich günstigsten Verhältnisse für das Halten der Hunde gegeben. Eine andere Ursache mag darin zu suchen sein, dass in den ersten Zeiten nach dem Krieg die Sicherheitsverhältnisse viel zu wünschen übrig liessen und die Zahl der Einbrüche bekanntlich besonders gross war. Das hat erfreulicherweise schon lange aufgehört, die Hunde aber sind als Hausgenossen geblieben. Im Jahre 1924 wurden 86.203 Hunde versteuert, gegen rund 40.000 im letzten Friedensjahr. Es ist mehr als eine Verdoppelung eingetreten! Bei der Neuregelung der Hundeabgabe ging die Erwägung auch dahin, insbesondere das Halten von mehr als einem Hund empfindlich zu besteuern, um vielleicht auf diesem Weg die wünschenswerte Verminderung der Hundezahl zu erreichen. Die statistischen Erhebungen haben aber erwiesen, dass mit dieser Methode keine nennenswerte Wirkung erzielt werden könnte. Es haben nämlich 71.726 Parteien je einen Hund versteuert, 6.057 je zwei Hunde, 635 je drei Hunde, 79 je vier Hunde, 15 je fünf Hunde, 7 je sechs Hunde, 2 je acht und eine Partei sogar neun Hunde. Würde eine gestaffelte Steuer, was indes kaum anzunehmen ist, sogar bewirken, dass sich die Parteien ausnahmslos auf das Halten eines einzigen Hundes beschränken, so ergäbe sich dadurch nur eine Verminderung der Zahl der Hunde um 7.671. Dem Magistrat würde aber durch einen solche Aufbau der Steuer eine unverhältnismässig kostspielige Mühewaltung mit vielfachen Erhebungen in ganz Wien erwachsen. Es wurde deshalb die einfache Form einer annähernden Valorisierung der Friedenssteuer gewählt.

Die Zahl der Einzelfeste nimmt zu. Der Magistrat verzeichnet die gewiss sehr bemerkenswerte Erscheinung, dass die der Lustbarkeitsabgabe unterworfenen Veranstaltungen noch immer zunehmen. In den ersten elf Monaten des Jahres 1922, also zu einer Zeit, in der die Geldentwertung einen sehr starken Anreiz für rasches Geldausgeben gebildet hat, wurden insgesamt 13.389 Einzelveranstaltungen gezählt. Dagegen wurden vom 1. Jänner bis 30. November 1923 bereits 16.284 Festlichkeiten verzeichnet. Es ergab sich also eine Zunahme von 2.895 Veranstaltungen. Damit ist aber keineswegs der höchste Stand erreicht worden. Es zeigt sich vielmehr auch im Jahre 1924 eine noch weit darüber hinausgehende Zunahme. Bis 30. November 1924 wurden nämlich 19.366 Einzelveranstaltungen angemeldet, somit um 3.082 mehr als im Jahre 1923 und um 5.977 mehr als im Inflationsjahr 1922. Dieses Anwachsen hat auch in den allerletzten Monaten keine Unterbrechung erfahren. So gab es im Oktober 1924 noch immer 1.934 Festlichkeiten, gegenüber 1.619 im Oktober 1923 und im November dieses Jahres 2.663 gegenüber 2.550 im November 1923. Wie diese Zahlen beweisen hat die vielbekämpfte Lustbarkeitsabgabe eine hemmende Wirkung nicht geübt.

Der Strassenbahnfahrpreis an den Weihnachtsfeiertagen. An den beiden Weihnachtsfeiertagen, Donnerstag, den 25. und Freitag, den 26. d. M. gelten auf den städtischen Strassenbahnen die Sonntagsfahrpreise. Demnach haben an diesen beiden Tagen die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine und Wochenkarten, sowie die Fürsorgefahrtscheine keine Gültigkeit.

Ausschreibung der Stelle eines Assistenten an der Prosektur des Krankenhauses der Stadt Wien in Lainz. Im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz kommt ab 1. Februar 1925 die Stelle eines Assistenten an der Prosektur mit den jeweiligen Bezügen eines Abteilungsassistenten zur Besetzung. Gesuche um diese Stelle, die mit Personaldokumenten und Verwendungszeugnissen entsprechend belegt sein müssen, sind bis spätestens 31. Dezember 1924 bei der Direktion des Krankenhauses der Stadt Wien einzubringen.

Anbotsverhandlungen für baugewerbliche Arbeiten der Gemeinde Wien Für die laufenden baugewerblichen Arbeiten der Gemeinde Wien für die Zeit vom 1. Februar 1925 bis 31. Jänner 1926 finden Anbotsverhandlungen statt u. zw: Für Baumeister-, Dachdecker-, Glaser- und Anstreicher- Arbeiten am 8. Jänner 1925; für Bauspengler-, Galanteriespengler-, Autischler-, Möbeltischler-, Zimmermaler- und Schlosser - Arbeiten am 9. Jänner 1925; für Zimmermanns-, Tapezierer-, Schwarzdecker (Asphaltierer) und Turnsaalarbeiten am 10. Jänner 1925; jedesmal um 9 Uhr Vormittags in der Volkshalle des Neuen Rathauses. Anbotshilfe sind in der Mag. Abt. 26, I. Rathaus Stiege 4, Mezzanij erhältlich.

Altersheim Festkonzert. Das rührige Aktionskomitee des Vereines Altersheim veranstaltet am 9. Jänner 1925 unter dem Ehrenschutz der Frau Marianne Hainisch im grossen Konzerthausaal ein Festkonzert, für das Josef Danegger, Marie Fein, Selma Kurz-Halban, Maria Olzefska, Aagard Oestvig, Ida Roland und Dr. Schipper ihre Mitwirkung in uneigennützigster Weise zugesagt haben. Karten an der Konzerthauskasse und bei Kehlendorfer.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur

Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 18. Dezember 1924

Abendausgabe

-----  
Beginn der Budgetberatungen im Gemeinderat Im Wiener Stadtsenat wurde heute um 2 Uhr Nachmittags der Voranschlag für das Jahr 1925 gegen die Stimmen der Christlich- Sozialen genehmigt. Morgen, Freitag um neun Uhr vormittags beginnt der Gemeinderat die Beratung des Budgets.

-----  
Bürgerrechtsverleihung. Der akademische Maler Eduard Zetsche feiert am 20. Dezember d. J. seinen 80. Geburtstag. Zetsche ist ein hervorragender Maler und hat sich auch als Schriftsteller grosse Verdienste erworben. Um diesen Künstler zu ehren, hat der Gemeinderatsausschuss für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschlossen, dem Maler Zetsche das Bürgerrecht zu verleihen und eines Werke für die Städtischen Sammlungen anzukaufen.

-----

### D r i t t e r B o g e n

dieser Milliarden ins Ausland geht. Zugleich aber müssten genau so wie die Steuern des Bundes auch die der Gemeinde gewaltig erhöht werden, weil ja das Geld herbeigeschafft werden muß für die erhöhte Bezahlung der öffentlichen Angestellten. Gleichzeitig aber auch müssten alle Tarife ungeheuerlich hinaufgesetzt werden, weil ja auch die Eisenbahner, die Straßenbahner, die Angestellten der Post, die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke höhere Löhne benötigen, um den Hausbesitzer zu befriedigen. Und das Gleiche würde sich in jedweden Geschäfte vollziehen, weil die Angestellten bei höheren Mieten höhere Gehälter haben müssen, weil jeder Betriebsinhaber die Miete seines Lokales und seiner Wohnung die erhöhten Kosten von Gas, Strom, Straßenbahn, Porte, Telefon, Eisenbahn, den Warenpreisen auslagern muß. Das Ergebnis wäre eine Teuerungswelle von unerhörter Wucht, die uns jede Exportmöglichkeit raubt und unseren Untergang besiegelt.

Der Finanzausschuß und vor allem der Stadtsenat haben sich diesmal, erklärte Stadtrat BREITNER, besond. ers gründlich mit dem Voranschlag beschäftigt und ihm einer in alle Einzelheiten gehenden Kritik unterzogen. Abänderung anträge zu den einzelnen Posten wurden indes nicht gestellt. Ich kündige selbst einen solchen Antrag an, den ich anzunehmen bitte. Es handelt sich um eine Erhöhung des Betrages in der Rubrik „Aushilfen und laufende Unterstützungen für Erwachsene“ um zehn Milliarden Kronen. Im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit und die Wintersnot ist mit einer noch über das bisherige hohe Maß hinaus gesteigerten Inanspruchnahme dieser Wohlfahrtsinrichtung zu rechnen. Die Fürsorgeinstitute haben bereits vom Bürgermeister die Weisung erhalten, vor allem in jenen Fällen, in denen es sich um nützlichende Familienerhalter, um kinderreiche Familien handelt, rasch helfend einzugreifen. Durch die schon jetzt erfolgende Erhöhung der Budgetpost soll die Inanspruchnahme eines Zuschußkredites vermieden, aber auch den Hilfsbedürftigen die Beruhigung geboten werden, daß sie sich nicht vergebens an unsere Fürsorgeinstitute wenden werden.

Stadtrat Breitner schloß die Budgetrede mit folgenden Worten: Es ist keine rosige Stimmung, in der wir darangehen, den Haushaltsplan der Gemeinde für das nächste Verwaltungsjahr festzustellen. Wir haben aber schon weit schwierigere, weit bössere Zeiten überwunden und es war der jauchzende Optimismus unbegründet, als die Börsenkurse in die Höhe kletterten und an jeder Straßenecke eine Bankfiliale errichtet war, was als Kennzeichen der strotzenden Kraft unserer Wirtschaft bezeichnet wurde. Es ist jetzt zu weitgehender Pessimismus unbegründet angesichts der Ernüchterung, die eingetreten ist und der jetzt unverhüllten Verarmung, die eben als die Folge dieses unseligen Krieges uns betroffen hat. Gerade die Tatsache muß beruhigend wirken, daß ein so großer Organismus wie die Wiener Gemeindeverwaltung festgefügt dasteht, daß seit dem 1. Juni 1921, also lange vor der Stabilisierung der Krone, die volle Ordnung in die Gemeindevirtschaft gebracht wurde. Es muß die Zuversicht stärken, daß auch diese schwere Krise siegreich überwunden werden wird. Die großen Wohnhausbauten der Gemeinde dienen nicht nur der Linderung der Wohnungsnot, sind nicht nur produktive Fürsorge für zehntausende von Arbeitslosen in allen Zweigen des Baugewerbes, sie sind aber auch das wirksamste Mittel zur Aufrechterhaltung des Mieterschutzes, dessen Beseitigung oder selbst nur Lockerung die Krise zur Katastrophe steigern müßte. So zeigt es sich auch an diesem Beispiel, daß die Steuerpolitik der Gemeinde auf die Notwendigkeiten der Wirtschaft volle Rücksicht nimmt. Dieser Voranschlag mit seinen 1539 Milliarden Investitionen, von denen 400 Milliarden dem weiteren Ausbau der städtischen Unternehmungen gelten, ist ein sehr starkes Element des Vertrauens. Dies soll bestritten werden, ohne Erhöhung der geltenden, ohne Einführung von neuen Steuern. Dabei haben wir die Gewissheit, daß auch der angefangene Wasserkraftbau in Kienberg-Gaming finanziell bewältigt werden kann.

Es ist also neuerlich ein Voranschlag des Wiederaufbaues, der jeder objektiver Kritik standhalten kann. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Nach Erledigung der Rednerliste erhält nunmehr das Schlusswort Stadtrat Breitner und sagt: Die Minderheit hat durch acht Redner zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht in der Lage sei zu diesem Voranschlag zu stimmen. Das ist eigentlich nichts Überraschendes, sondern etwas sehr naturgemäßes und war auch in den Jahren 1923 und 1922 so. Jene wenige Jahre des Gottesfriedens in den ärgsten Zeiten als sich die Minderheit begnügte durch die Verweigerung des Bürgermeistergehaltes ihrer Oppositionelle Haltung zu bekunden sind vorüber <sup>es</sup> und ist dies eigentlich als ein Ausdruck der konsolidierten Verhältnisse aufzufassen ( Sehr gut ). Wir können auch eigentlich gar nichts anderes wünschen, denn wenn wir so verwalten würden, dass die Minderheit vollkommen mit uns zufrieden wäre und für uns stimmen würde, so würden wir wahrscheinlich sehr bald aufgehört ~~zu~~ haben die Mehrheit zu sein ( Heiterkeit ). Dazu wäre es nicht notwendig gewesen, einen Umsturz zu machen und das Wahlrecht zu ändern damit sich in der Verwaltung dieser Stadt nicht das Geringste ändere ( Sehr gut ). Gemeinderat Zimmerl hat darauf hingewiesen, dass diesem Voranschlag deswegen nicht zugestimmt werden könne, weil man seinen Ziffern kein Vertrauen zu schenken in der Lage sei. Immerhin hat er zugegeben, dass die Einnahme <sup>es</sup>seite richtig budgetiert ist und dass seine Erziehungsart doch genützt hat. Wir machen kein Hehl darauf, dass wir Anregungen zugänglich sind und dies widerspricht wieder den Ausführungen der anderen Redner, die immer wieder betonten, dass wir <sup>von</sup> vornehmerein alles was von der Minderheit komme ablehnen. Es hat Zeiten gegeben als wir in schwerwiegenden Verhandlungen standen, wo es nicht wünschenswert war gewisse Steuereinnahmen zu veröffentlichen, aber wir kommen den Wünschen der Minderheit sonst soweit als möglich entgegen. Gemeinderat Zimmerl hat weiter darauf hingewiesen, dass unsere Steuern eigentlich doch nur lauter indirekte Steuern sind und die Reichen nicht treffen. Eine genaue Aufstellung unserer Steuern nach der Art wie sie sich auf die Bevölkerung verteilen ist in vollkommen klarer Weise nicht möglich. Wir werden diesen Teil der Untersuchung aber sicherlich noch vornehmen wie weit die Wohnbausteuer eine Belastung der Allgemeinheit und wie weit sie eine Besteuerung von Luxus ist. Wenn aber die Fürsorgeabgabe Luxuslokale und Vergnügungsbetriebe trifft, so kann man sie ohne weiters als eine Luxussteuer ansehen. Auch hier kann man wieder sagen, dass <sup>den</sup> wären wir bei den alten Steuermethoden geblieben und hätten wir ~~die~~ Verzehrungssteuer valorisiert, würden wir uns begnügt haben die Unternehmungen der Gemeinde und auch <sup>den</sup> Betrieb der Wasserversorgung als ein Instrument der Gemeindegeldnahmen zu benutzen, so wäre dies innen lieber, während das System der Steuern das wir ihnen eingeführt haben von ihnen kräftig kritisiert wird, wodurch sie bekunden, dass wir uns doch auf dem richtigen Wege befinden.

G.R. Biber : Sehrbescheiden.

St. R. Breitner : Gemeinderat Biber hat es sich sehr leicht gemacht und alles was uns bedrückt als eine medizinische Angelegenheit aufgefasst. Wenn es wirklich so wäre, dass jene grauenhafte Zeit des Krieges, jene wahnwitzigen Zerstörungen von Menschen und Sachgütern, von der wir heute in Wirklichkeit leiden, durch meine Internierung am Steinhof zu beheben wären, so wäre ich zu diesem Opfer bereit ( Heiterkeit ). Aber das würde nicht hinreichen, um die Blinden sehend und die Krüppel gesund zu machen, und jenen die ihren Ernährer verloren haben, wiederzugeben. Gemeinderat Biber hat auch gemeint, dass die Wohnungsnot

nur deswegen entstanden ist, weil die Wohnungen zu billig sind. Das ist nicht richtig. Die Wohnungsnot hat zwei Ursachen, zunächst müssen wir die seltsam erscheinende Tatsache aufklären, weshalb wir bei einer verminderten Bevölkerungszahl von 200.000 Menschen eine Wohnungsnot haben. Nach der Volkszählung des Jahres 1910 hatte Wien damals eine Einwohnerzahl von 2.1 Millionen Menschen und 480.764 Haushalte. Jetzt haben wir 1.8 Millionen Menschen und 519.154 Haushalte. Diese 38.678 Haushalte mehr, das stimmt wenn auch nicht in den einzelnen Individuen mit der Zahl derjenigen überein, die in drängender Weise sich um eine Wohnung bewerben. Die Zahl der Eheschliessungen ist in der Nachkriegszeit ausserordentlich über das Durchschnittsmass hinausgegangen und während es 1913 17.791 Eheschliessungen gab, gab es 1920 31.164, 1921 29.474, 1922 26.568. Die Heiratswut klingt ab, aber man hat noch immer mit einer ungeheuerlichen Vermehrung der Haushalte zu rechnen. Die andere Ursache der Wohnungsnot liegt in den überaus schlechten Wohnungsverhältnisse vordem Kriege. Hätten wir damals ~~deutsche~~, amerikanische oder englische Verhältnisse gehabt, so würdees jetzt trotz der Billigkeit der Wohnungen nicht zu dieser ungeheuren Nachfrage von Wohnungen kommen. Die Menschen die einen grossen Teil ihres Einkommens für diese schlechten Vorkriegswohnungen hergeben mussten, sind jetzt darauf gekommen in welchen Elendwohnungen sie gewohnt haben und wollen ihre diesbezügliche Situation verbessern. Von den 554.000 Wohnungen, die bei der letzten Zählung festgestellt worden sind, gibt es nicht weniger als 184.999, die nur aus Zimmer und Küche ohne jeden Vorraum bestehen und ~~EX~~ 36.775, die aus Zimmer Kabinett und Küche bestehen, nahezu die Hälfte der Wiener Wohnungen besteht aus den beiden primitivsten ~~EX~~ Typen. Da ist es erklärlich, die Menschen aus diesen elenden Verhältnissen hinaus und sich eine menschenwürdige Wohnung gönnen wollen. Gemeinderat Biber hat auch über die Autosteuer gesprochen und irrtümlich erwähnt, dass ein achtpferdekräftiger Kleinwagen beimuns 12 Millionen Kronen an Steuer zu zahlen hat, das ist ein Irrtum dieser Kleinwagen hat nur 4½ Millionen Kronen zu zahlen. Aber in einer Wiener Zeitung die uns nicht mit besonderer Liebe entgegensteht ist ~~ist~~ neulich gestanden, dass ein Lastkraftwagen von 10 Tonnen, der in Wien 660.000 Kronen an Steuer zahlt in Niederösterreich eine Abgabe von 25 Millionen Kronen zu entrichten hat. Wir ziehen es vor die Autos von denen manche in vielen Stufen des Tages dem Vergnügen dienen mit einer Steuer von 4½ bis 20 Millionen hinaus zu belegen. Redner polemisiert nun gegen die Gemeinderäte Rummelhardt und Dr. Motzko weiter und führt die Fürsorgeinstitutionen die die Gemeinde <sup>an</sup> geschaffen hat. Die Gemeinde verfügt auf dem Gebiete des Tuberkulosenfürsorgewesens über 2000 Betten von den Kinderspitälern sind zwei in städtischen <sup>Prozess</sup> Betriebe während die frühere Gemeindeverwaltung <sup>geführt</sup> hat um nachzuweisen, dass die Führung von Spitälern keine Angelegenheit der Gemeinde sei. ( Hört! hört! ). Wenn Gemeinderat Angermayer gesagt hat, dass wir die eigenen Nutzniesser der Stabilisierten sind, so wäre es kindisch sagen zu wollen, dass man mit einer nicht stabilisierten Währung auf die Dauer wirtschaften kann. Wir haben aber schon gezeigt, dass wir auch in der Zeit der nicht stabilisierten Währung den Haushalt emporgebracht haben. Gegen die Tatsache, dass die Krone stabilisiert worden ist hat sich niemals ein vernünftiger Mensch gewendet. Die Frage ist nur ob dies auf dem richtigen Wege und in der richtigen Methode geschehen ist.

19/12

Hand

und das wird von uns bestritten. Es haben auch andere Länder, ich verweise nur auf Deutschland eine Stabilisierung zu stande gebracht aber ohne sich unter eine ausländische Kontrolle zu beugen (Beifall).

G.R. Angermayer Es wäre ganz unmöglich gewesen.

St.R. Breitner : Allerdings hätte man dann aus eigenen Kräften antauchen müssen und diejenigen die gezweifelt haben, dass unsere Wirtschaft es vermocht hätte, haben später gesehen, welche gewaltige Summen aus dieser Wirtschaft abgeströmt sind, nicht für irgend welche öffentliche Verwaltungszwecke sondern als dauernder Verlust <sup>in</sup> das Ausland. ( Sehr gut) Im Voranschlag für das Jahr 1925 des Bundes ist eine Post von einer Billion Kronen die nichts anderes ist als die Schuldszinsen für die Völkerbundanleihe und der Präsident der Nationalbank musste nach London reisen um eine Bittgesuch vorzutragen, dass wir den Kreditfuss unserer eigenen Nationalbank festsetzen sollen, wie es uns passt.

Es ist sehr bemerkenswert, dass der Obmann des christlichsozialen Klubs seine ganze Rede nur der Herabsetzung des Wasserkraftwerkes gewidmet hat, wir haben jene Freude vermisst, die ihn als Wiener erfüllen sollte, dass wir aus eigener Kraft dieses ganze Werk zustande gebracht haben, ohne ausländische Hilfe und ohne Berater, das sollte doch gewürdigt werden. Er meinte auch, es sei kein Kunststück die Baukosten auf die Bevölkerung umzulegen. Es ist zwar ein Kunststück, immer wieder Steuern herbeizuschaffen. Ich habe es nur angeführt, um diese viel angefochtene Steuern zu rechtfertigen. Wir haben auch in anderen Ländern Wasserkraftabgaben, in Niederösterreich, in Oberösterreich, aber diese Steuern haben dort eine ganz andere Bedeutung, sie dienen nicht der Verbilligung des Stromes, sie sind einfach rein fiskalische Abgaben. Wenn ich das aufgezeigt habe, wollte ich damit den Gegensatz zwischen christlichsozialer und sozialdemokratischer Verwaltung aufzeigen. Aus der Debatte über die Einführung der Wasserkraftabgabe im September 1922 ergibt sich, dass damals die Wag tatsächlich vor dem Zusammenbruch stand, dass damals an den Verkauf des Werkes gedacht wurde. Damals haben Sie die Einführung der Abgabe bekämpft und wenn wir fest blieben, so können wir feststellen, dass wir damals auf dem richtigen Wege waren. Wenn Herr Kunschak sich heute bemüht, die Herabsetzung um 12,5 Prozent als einen Pappenstil zu bezeichnen, so erinnere ich ihn daran, dass er damals die 4 Prozent Abgabe als eine sehr schwere Belastung bezeichnet hat. Da könne er doch heutesagen, dass diese Entlastung doch heute empfunden werden musste.

Es ist immer wieder erklärt worden, dass Sie diesem ganzen Budget kein Vertrauen schenken können. Ich kann feststellen, dass dieses Misstrauensvotum uns schon vor zwei Jahren gegeben worden ist. Auch damals bei der Aufzählung einer Reihe von Neueinführungen hat der Hauptredner der Minorität gesagt, dass diese Posten nur dekorative Feigenblätter sind, die über die Blässe der ganzen Verwaltung hängen. Da brauch ich nur zu fragen, ob diese Liegehallen/ nicht gebaut worden sind, ob die Umwandlung der Vorortefriedhöfe in Gartenanlagen u.dgl. mehr unterblieben sind. Wir haben alle diese Pläne durchgeführt, alle unsere Versprechungen erfüllt und so werden wir dies auch bei dem heurigen Voranschlag tun, weshalb ich Sie bitte, ihm Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall bei der Mehrheit).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung der GRin Dr. Motzko wird Eingehen in die Spezialdebatte angenommen und der Vorsitzende Weigl erklärt/ gleichzeitig die Verwaltungsgruppe II für angenommen.

Die Sitzung wird hierauf um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr nachts geschlossen.

G.R. Holaubek (chr. soz.) bespricht die einzelnen städtischen Steuern und ihre Wirkung auf das Wirtschaftsleben, er wendet sich insbesondere gegen die Härten der Lustbarkeitsabgabe und verlangt eine Herabsetzung in Fällen, wo es sich um humanitäre Veranstaltungen handelt. Kürzlich wurde von einer Organisation eine Weihnachtsbescherung für arme Kinder veranstaltet, dem Verein jedoch eine Ermässigung der Lustbarkeitsabgabe rundweg verweigert, weil Klavier gespielt worden ist. Solcher Fälle könnte Redner noch einige aufzählen. Auch die Handhabung der Nahrungs- und Genussmittelabgabe geschehe nach rein fiskalischen Grundsätzen ohne Rücksicht darauf zu nehmen, dass die Angestellten des Gastgewerbes und die mittellosen Konsumenten schweren Schaden erleiden. Der Finanzreferent möge seine Steuerpolitik einer Revision unterziehen, sonst werde sie den Ruin der Wiener Bevölkerung zur Folge haben.

G.R. Kunschak (chr. soz.): Nach den Ausführungen des Referenten wird die Wiener Bevölkerung in der Sylvesternacht ein grossartiges Schauspiel erleben, die festliche Beleuchtung des Rathauses, die die Fertigstellung des Opponitzer Wasserkraftwerkes künden wird. Wir brauchen auf das Schauspiel nicht erst zu warten, wir haben es heute schon erlebt und der Schauspieler als der sich Herr Breitner betätigt hat, kann seines Werkes gelobt werden. Nur glaube ich zielt seine Darstellung auf eine Blendung der Massen ab. Der Referent tut so, als ob die Ausnützung von Wasserkraften seine Erfindung wäre. Aber man hat doch schon unter der Herrschaft der Christlichsozialen Wasserkraftwerke projektiert, die Pläne lagen fertig und dass sie nicht ausgeführt wurden liegt einzig und allein daran, dass <sup>es</sup>damals eine Streiffrage gewesen ist, ob der Verwertung von Wasserkraften vor den kalorischen Werken der Vorzug gegeben sei. Jetzt ist ganz zwangsläufig die Notwendigkeit gegeben, sich mit dem Problem der Ausnützung der Wasserkraft zu befassen. Wenn das Ybbatalwerk in Betrieb gesetzt sein wird, kommt es vielen anderen ähnlichen Werken in Oesterreich nach. Ich konstatiere diese Tatsache nicht etwa um die Bedeutung dieses Werkes herabzusetzen, sondern um die Schaumschlägerei des Herrn Breitner auf das zulässige Mass zurückzuführen. Die Welt wird am Sylvester kein Wunder anstaunen. Herr Breitner rühmt sich insbesondere des Umstandes, dass keine ausländischen Kredite in Anspruch genommen und dass die Privatinitiative sich nicht eingestellt hat. Wenn er als Geldverleiher sich 16 Prozent Zinsen zahlen lässt, dann wird er kaum den Geldleuten zumuten, dass sie ihr Kapital um 5 Prozent Zinsen hergeben. Kein Wunder, wenn die Wasserkraft Obligationen in den Schränken der Banken liegen geblieben sind. Der Apell an die Privatinitiative war entweder nicht ernst gemeint, oder er ist von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Der Referent rühmt auch den Umstand, dass das Werk schuldenfrei sei und dass keine drückenden Zinsen für ausländische Kredite gezahlt werden müssen. Allein das Baukapital von <sup>rund</sup> 80 Milliarden wurde aus Steuergeldern aufgebracht. Wenn man dazu nimmt, dass die Gas- und Elektrizitätswerke 52 Milliarden für Vorauszahlungen in ihren Kassen liegen haben und diese Summe genau so wie die 80 Milliarden als eine Reduktion des Betriebskapitales der Wiener Wirtschaft in Betracht zieht, die durch <sup>Bank</sup> Kredite wett-gemacht werden muss, und man rechnet von den 132 Milliarden die 30 Prozent Bankzinsen, dann gelangt man

zu einer sehr respektablen Summe, die von der Wiener Bevölkerung für die Verzinsung des Baukapitales der WAG aufgebracht werden muss. Sie haben eben nur eine andere Form gewählt. Die anderen Wasserkraftwerke verzinsen das investierte Kapital aus den eigenen Erträgen, aber die Wiener Gemeindeverwaltung hat das Baukapital für ihr Werk auf dem Wege von Steuern und Vorauszahlungen sich geholt und die Bevölkerung muss anstatt an die Aktionäre der WAG an die Banken hohe Zinsen zahlen, die den Wirtschaftskredit für unsere Unternehmungen hergeben.

Es ist dies nur eine andere Form, die eine ist diejenige die sich auf etwa zwei Generationen verteilt die offene und aufrichtige Form, die Form die Sie gewählt haben ist die des gerissenen Bankdirektors dessen grösste Kunst in der Verschleierung der Bilanz besteht. (Beifall bei den Parteigenossen). Eine Ueerraschung war, dass der Kraftstrom ab 1. Jänner um ein Achtel des Preises herabgesetzt wird. Aus einer Untersuchung was es ausmacht, diese Untersuchung ist bei der Durchsicht des Rechnungsabchlusses der Elektrizitätswerke nur unter grossen Schwierigkeiten und auch da nicht sicher möglich, ergibt sich ein Resultat von 10 bis 12 Milliarden, eine Ziffer die sie dem Produktionsleben zurückgeben dem sie weitaus mehr durch die Wasserkraftabgabe und die Vorauszahlungen entnommen haben. Wenn man daneben noch den Antrag stellt, 10 Milliarden für die Unterstützung

von Armen die vielleicht durch Ihre Steuerpolitik arm geworden sind, so bleibt aus dem ganzen Neujahrswunder nichts übrig als ein grosser Bluff, ein Schauspiel in des Wortes schlimmster Bedeutung. Sie werden in der Sylvesternacht der Wiener Bevölkerung ein Lichtwunder zeigen und damit der Schaulust der Wiener in grosser Masse Rechnung tragen. Suchen da haben wir nicht einmal ein Prioritätsrecht darauf, denn das Rathaus ist wiederholt wenn auch aus anderen Anrechten beleuchtet worden. <sup>Sie</sup> werden aber durch dieses Lichtwunder nur die Augen blenden, die Ueberzeugung der Bevölkerung und ihr gesundes Urteil, dass Ihre Finanzpolitik eine volkswirtschaftliche verderbliche ist, wird in diesem Meer von Licht nicht untergehen, sondern wenn die elektrischen Lampen des Rathauses längst schon erloschen sind, wird diese Ueberzeugung mit wachsender Stärke weiter fort bestehen (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen).

überhaupt zuerst aus dieser Frage ein Politikum gemacht? Sie haben doch im Jahre 1923 die Frage des Mieterschutzes zur Wahlplattform gemacht. Sie haben erklärt, dass die Christlichsozialen den Mieterschutz abbauen wollen. Aber wo steht es denn geschrieben, dass ein Gesetz nicht geändert werden darf? Ist nicht jedes Gesetz so beschaffen, dass Änderungen getroffen werden müssen? Weichen einer sachlichen Diskussion über den Mieterschutz nicht aus und erst wenn Sie von der sachlichen Seite abweichen, gehen unsere Wege auseinander. Sie wissen, dass es heute in ganz Wien keinen Menschen mehr gibt, der nur den 150fachen Instandhaltungszins zahlt, sondern das vielfach ein 2000facher, 3000facher Zins entrichtet wird. Wozu also diese Unaufrichtigkeit, wozu diese Fiktion aufrecht erhalten? Wir haben nicht vom 6000fachen Zins zu reden, wie Sie immer behaupten, sondern davon, dass das Mietengesetz jene richtige Stellung erhält die notwendig ist. Es ist klar, dass die heutigen Zustände im Wohnungswesen unhaltbar sind, sagt manes aber, so gerät man gleich in den Verdacht, für die Hausherrn einzutreten. Redner bespricht eingehend die Anwendung des Anforderungsgesetzes, sowie die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien und sagt aus den vorliegenden Berichten des Wohnungsamtes geht klar hervor, dass der weitaus grösste Teil der für die Jahre 1923 und 1924 vorgesehenen Wohnungen nicht fertiggestellt worden ist, sondern erst im kommenden Jahre vollendet werden sollen. vom Referententisch möge endlich klipp und klar gesagt werden, welcher Rest vom Jahre 1924 noch aushaftet. Für den Wohnungsbau sind im Budget 908 Milliarden eingestellt und es sollen 10.000 Wohnungen geschaffen werden. Wir halten das für einen Bluff, weil die Versprechungen bezüglich des Ausmasses der neu herzustellenden Wohnungen bisher nicht eingehalten worden sind. Das ganze Wohnbauprogramm ist eine Lockspeise für die Massen, um sie an den Karren der herrschenden Partei zu spannen. Die Mehrheit sollte sich einmal mit der Minderheit zusammensetzen und ohne politische Einstellung leidenschaftslos beraten, ob in der Wohnungsfrage und in der Mieterschutzfrage nicht neue Methoden gesucht werden sollen, dann würden sich gewisse Mittel und Wege finden, zu einer Einigung zu gelangen. Aber die Sozialdemokraten kennen nur das eine Ziel, ihre politische Macht zu vergrössern und zu befestigen und unter solchen Umständen könne die Minderheit zu der Gemeindeverwaltung kein Vertrauen haben, sie müsse deshalb das Budget ablehnen.

G.R. Angermayer (chr.-soz.) bezeichnet das im Voranschlag ausgewiesene Defizit als ein Scheindefizit. Das könne man auf Grund der Erfahrungen behaupten, schon deshalb weil die Ausgabenseite künstlich erhöht worden sei. Die Steuerpolitik des Finanzreferenten sei unsozial und brutal, geeignet den Mittelstand und die erwerbenden Schichten zugrunde zu richten. Wenn an dieser Steuerpolitik festgehalten wird, kann vielleicht die Sanierung der Gemeinde Wien erreicht werden, sie wird schöne Häuser haben, aber die Privatwirtschaft wird zu Grunde gegangen sein. Dann werden auch Steuerermässigungen, wie die 12 5 Prozent beim Kraftstrom, die der Finanzreferent heute ankündigte, nichts mehr nützen weil die ruinierten Unternehmungen keinen Strom mehr brauchen werden. Wer ist daran schuld, dass der bodenständige Hausbesitz zum grossen Teil in die Hände polnischer Juden übergegangen ist? Niemand anderer als die sozialdemokratische Wohnungspolitik, weil dem Hausherrn unmöglich gemacht wurde sein letztes Spargut zu erhalten. Viele Leute mussten ihre Häuser verkaufen, weil sie als Hausbesitzer verhungert wären. Und noch im letzten Momente wurde ihnen der Hieb mit der Wertzuwachssteuer versetzt, eine Steuer die den Leuten die letzten Groschen herauspresst.

Wenn Stadtrat Breitner behauptet, dass die Gemeinde noch eine

freie und unabhängige Gemeinde ist, so vergesse er wenn er es zu danken habe. Wenn Dr. Seipel und seine Regierung nicht den Weg der Völkerbundanleihe gegangen wären, so wäre Breitner nicht im Stande gewesen aus der heimischen Bevölkerung die ungeheuren Steuern herauszupressen.

Es sei eine Undankbarkeit gegen Seipel zu behaupten, dass der Weg den er begangen hat nicht richtig sei.

G.R. Bermann (soz.-dem.) Aber schon sind 130.000 Menschen arbeitslos.

G.R. Angermayer Die Sanierung ist noch nicht vollendet.

G.R. Bermann: Fragen Sie die Arbeitslosen ob sie saniert sind.

G.R. Angermayer: So lange der Finanzreferent von seiner Steuerpolitik nicht abgehe die auch unsozial genannt werden müsse und sich nicht zum Grundsatz bequeme, dass die Steuern nur in dem Masse ausgeschrieben werden dürfen, als sie für die Hoheitsverwaltung notwendig sind und dass alle anderen Ausgaben die auf anderem Wege beschafft werden müssen, so lange werde Partei des Redners das Budget verweigern.

G.R. Dr. Plaschkes (jud. nat.) bespricht die Lage von Handel, Gewerbe und Industrie, die unter den wahnsinnig hohen Betriebskosten leiden. Die Gemeinde müsse billige Betriebskredite verschaffen. Die paar Milliarden der Zentralsparkasse seien da vollkommen ungenügend. Die Gemeinde solle ihre Kassenreserven für Handel, Gewerbe und Industrie zu denselben Bedingungen geben, wie sie sie den Privatbanken geben, und wenn es notwendig sei auch im Wege von Stundungen der Steuern. Es sei auch ein Fehler unserer Finanzpolitik, dass sie einseitig orientiert sei. Eine einseitige Orientierung sei es vom Gesichtspunkte der Kasse aus, oder vom sozialen Gesichtspunkte aus sei wirtschaftlich immer unmöglich. Entgegen dem Finanzreferenten der ihn als rechten Flügel der christlichsozialen Partei bezeichnet habe, behauptete Redner der linke Flügel der sozialdemokratischen Partei zu sein (Heiterkeit). Es sei gegen die marxistische Lehre und gegen das Erfurter Programm ein Budget von 4.3 Billionen zu zwei Drittel aus indirekten Steuern zu besetzen. Redner bespricht nunmehr die Wirkungen der Lustbarkeitsabgabe und der Wohnbausteuer. Es sei Zeit, eine Erhöhung des Mietzinses gesetzlich zuzugestehen wie sie ja in der Praxis bereits eingeführt sei, wenn auch der Schutz des Mieters beibehalten werden müsse. Redner fragt schliesslich den Personalreferenten wieviele Juden noch im städtischen Dienste angestellt sind und wieviele während der Verwaltung der Sozialdemokraten angestellt wurden.

G.R. Untermüller (chr.-soz.): Dafür gibt es mehr Juden unter den Mandataren. Das hat sich nur verschoben.

G.R. Dr. Plaschkes: behauptet, dass die letzten Juden, die sich aus der lueterischen Zeit herübergerettet haben jetzt pensioniert wurden obwohl sie noch dienstfähig waren. Das Gesuch eines jüdischen Tierarztes wurde sehr rasch erledigt, während die anderen eingelaufenen Gesuche eingehend geprüft wurden.

St.R. Speiser: Das alles ist unwahr!

G.R. Dr. Plaschkes bespricht nun die Frage der heimischen Optanten, die endlich gesetzlich geregelt werden soll. wünscht, dass allen <sup>„Freien“</sup> die den Arier Paragraphen haben keine Subvention der Gemeinde zukommen möge und schliesst mit der Erklärung, dass er als Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe und als Vertreter der Judenschaft gegen das Budget stimmen werde.



ist der Fall. Uebrigens haben sie vor 15 Jahren das selbe gesagt

G.R. Rummelhardt: Mit den Auswüchsen der Schulreform muss endlich gebrochen werden. Die Sozialdemokraten begnügen sich aber nicht damit auf die Volks- und Bürgerschulen ihren unheilvollen Einfluss auszuüben. Seit dem Salzburger Parteitag laufen sie auch gegen die Mittelschulen Sturm und nach ihrer bewerteten Praktik haben sie zuerst mit der Verfolgung der Mittelschullehrer begonnen. Redner bespricht den Selbstmord des Gymnasialrats Schwarz und erklärt, es sei festgestellt, dass die Professoren an diesem Selbstmord keine Schuld tragen. Der Stand der Mittelschullehrer ist eig. getreuer, wie es der Fall des Professors Gmeiner beweist, der gestern bei der Ver-zweier suchten Errettung Schüler vom Ertrinkungstode ums Leben gekommen ist. Solche Männer verdienen es nicht verfolgt zu werden. Ich hoffe, dass der gesamte Gemeinderat dem Professor Gmeiner das dankbarste Andenken bewahrt und dass wir ihn als einen treuen Helden der Pflichterfüllung hochhalten. Die Majorität möge ihren Einfluss auf die Schulverwaltung geltend machen, um eine Entpolitisierung der Schule herbeizuführen. Wir brauchen aufrechte charaktervolle Männer und eine Schule die ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllt. Wenn diese Voraussetzungen gegeben sein werden, dann werden wir Ihnen die Anerkennung des Budgets nicht versagen.

G.R. Dr. Motzko (chr.-soz.) sagt es sei nicht Aufgabe der Gemeinde so viel als möglich an Steuern aus der Bevölkerung herauszuholen um dann eine Reihe von Werken zu schaffen, sondern die Nützlichkeiten und Notwendigkeiten zu erwägen mit Rücksicht auf das, was die Bevölkerung kann und was sie braucht. Die Erfüllung aller Verwaltungspolitik muss die Wohlfahrt der Bevölkerung bleiben. Die grossen Gebiete der Fürsorge einer Verwaltung sind Wirtschaftsförderung und Sozialpolitik. Die gegenwärtige Steuerpolitik der Gemeinde bedeutet eine Ueberlastung aller derer, die als Hauptträger des Gemeinwesens in Betracht kommen. Ein grosser Teil gerade derjenigen die von ihrer Arbeit leben, der Arbeiter- und Angestelltenschaft verliert ihre Existenz durch die Lähmung und Beschränkung des Wirtschaftslebens. Dadurch wird der Kreis derjenigen die einer Fürsorge bedürftig sind erweitert. Rednerin erinnert an den Antrag nach dem die Gemeinde eine Herabsetzung der Fürsorgeabgabe durchzuführen habe, wenn der Bund gewisse Bedingungen erfüllt. Diese Zusage sei nicht erfüllt worden und die Gemeinde habe zum Tagesproblem zur Brot- und Mehlerbilligung keinen aktiven und initiativen Schritt unternommen. Zur Hebung des Fremdenverkehrs seien etwas mehr als 2 Milliarden in den Voranschlag eingestellt, damit könne der Fremdenverkehr nicht wesentlich gehoben werden. Es sei aus dem Voranschlag nicht ersichtlich, ob die Gemeinde im kommenden Jahre der Wiener Messe mit hinreichenden Mitteln beispringen werde. Von der Errichtung eines Freihafens sei nicht mehr die Rede. Was die Leistungen der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Sozialpolitik betrifft, so habe sie kein Werk geschaffen, dass in eminentester Weise schöpferische Kraft zeige. Die Gemeinde laste für Fürsorgeaktionen Spesen auf die eigentlich sie selbst zu tragen habe. Vor allem habe aber die Sozialpolitik der Gemeindeverwaltung jenem Aufgabenkreise gegenüber versagt, der die Mitte zwischen Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege hält. So habe die Gemeinde für die Gruppe der Invaliden und Kriegerwitwen keine Mittel aus eigenen Geldern zur Verfügung gestellt. Sie habe keine Initiative ergriffen um der Arbeitslosigkeit praktisch und nützlich zu begegnen. Ihre diesbezüglichen sozialpolitischen Massnahmen bestanden nur darin einer Reihe von Stellen gerade im Fürsorgewesen

frei zu machen. Die Gemeinde hat die geistlichen Schwestern aus dem städtischen Diensten gewiesen. Bezüglich der Kleinrentner hat der Bund nie geleugnet, dass hier eine offene Schuldforderung besteht und <sup>er</sup> hat den Inhabern von Papieren die Hoffnung und die Möglichkeit offen gelassen, in besseren Zeitläuften die Schuld abzutragen, sie ganz oder teilweise zu valorisieren. Aber die Hetzpolitik die ein Herr Dr. Zalman in die Reihen der Kleinrentner getragen hat, hat vollständig übersehen, dass die Gemeinde ihre eigenen Schulden nicht befriedigt hat, trotz dem Billionenüberschusses in den Kassen. Den städtischen Kleinrentnern wurden die Papiere in entwerteten Gelde eingelöst, aber hier wurde keine Möglichkeit offen gelassen später einmal wenigstens teilweise eine Valorisierung vorzunehmen. Die Gemeinde hat nicht einmal das getan, was der Bund unternommen hat um die Not der Kleinrentner abzustellen. Bezeichnend sei auch die Stellung der Gemeinde in der offenen Fürsorge. Während es im Jahre 1913 46.000 Pfründner gab, werden heute nur an 31.000 Pfründner Erhaltsbeiträge abgegeben und die Erhaltsbeiträge seien keine nennenswerte Abhilfen. Und selbst von diesen Beiträgen hebe die Gemeinde Wohnbausteuer ein. Die Gemeindeverwaltung arbeite auf eine Komunalisierung der Anstaltsfürsorge hin. Aber die Caritas arbeite viel billiger als die öffentliche Fürsorge und hole mehr an Fürsorgeeffekt heraus. Unter dem Schlagwort von der Interkonfessionalität der freiwilligen Fürsorge sei die Caritas von der Kinderfürsorge ausgeschaltet worden. Während den konfessionellen Anstalten die magistratischen Kosten <sup>kinder</sup> entzogen wurden, dürfen die freimaurerische Humanitas, die sozialistische Organisation der Kinderfreunde und die Bereitschaft Kinder erziehen. Diese Massnahme ist nur getragen von einem Hass gegen die katholische Konfession. Rednerin bespricht schliesslich die Subventionspolitik der Gemeinde die den Erfolg habe, dass die Caritative Fürsorge völlig zurückgedrängt und dass die gesamte Organisation in einem Zwangsverbande für freiwillige Jugendfürsorge durchgeführt werde. Dies könne aber nicht Aufgabe einer Gemeinde sein. (Beifall bei den Parteigenossen).

G.R. Doppler (chr.-soz.): Wir haben heute aus den Ausführungen des Herrn Referenten entnommen, dass wir in einer wirklich grossen Sache viel gemeinsam haben. Es sind nämlich im Voranschlag 908 Milliarden Kronen für den Wohnhausbau enthalten. Auch wir meinen, dass öffentliche Körperschaften verpflichtet sind, hier helfend einzugreifen. Wir hätten es aber gerne gesehen, wenn diese Frage, die eine rein wirtschaftliche ist, nicht zu einer politischen gemacht worden wäre. Man hat behauptet, dass wir diese Frage politisch behandeln. Ich muss behaupten, dass gerade das Gegenteil der Fall ist. Wir haben uns immer bemüht, diese Frage losgelöst von aller Politik zu betrachten. Dafür kann ich eine Reihe von Beispielen anführen. Aber Sie haben keine Gelegenheit verüben lassen, ohne die politische Seite dieser Frage in den Vordergrund zu rücken. Bei der Behandlung des Rechnungsausschlusses im Gemeinderat habe ich festgestellt, dass es zu allen Zeiten in Wien Obdachlose gegeben hat, das aber die jetzige Obdachlosigkeit nicht zu verwechseln sei mit der der früheren Zeit. Ich habe gesagt, dass in einer Grossstadt immer Menschen sind, die sich nicht besonders bemühen ein ständiges Quartier zu erlangen. Das ist eine Tatsache, die in jeder Grossstadt anzutreffen ist. Aber was hat die Arbeiterzeitung aus dieser Rede gemacht? Sie hat alles umgedreht, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Die Arbeiterzeitung hat meines Ausführungen in gewissenloser, gemeiner und verläumderischer Weise gefälscht. Diese Fälschung wird geduldet und niemand sagt der Arbeiterzeitung, dass sie nicht Berichte aus einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderates so unläugend darf. Wer hat denn